

A stylized map of Ukraine composed of a grid of dots. Most dots are light gray, but several are red, highlighting specific regions or points of interest. The map is positioned in the background behind the title.

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Die Ukraine nach dem Sieg Poroschenkos

STEPHAN MEUSER

Juni 2014

- Der Milliardär Petro Poroschenko ist der erste Präsident der Ukraine seit 1991, der bereits im ersten Wahlgang gewählt wurde. Sein Wahlerfolg geht maßgeblich auf das taktische Bündnis mit Witali Klitschkos Partei UDAR zurück. Daneben erhielt er viele Stimmen von Wählern, für die die Stabilität des Landes an erster Stelle steht und die bereits deshalb für den nach allen Vorwahlumfragen klar führenden Kandidaten stimmten.
- Nach der Wahl ist vor der Wahl: Der neu gewählte Präsident wird in den kommenden Wochen und Monaten versuchen, seine Machtposition auszubauen und abzusichern. Dazu sind vorgezogene Parlamentswahlen das geeignete Mittel. Alternativ kommt die Bildung einer informellen »präsidentiellen Mehrheit« durch unabhängige und politisch heimatlos gewordene Abgeordnete des aktuellen Parlaments in Betracht. Parallel dazu ist damit zu rechnen, dass es zu einer baldigen Verfassungsreform mit einer Dezentralisierung der Ukraine kommt. Die offene Frage ist aber, wie weitreichend diese sein wird, denn hierzu ist aufgrund der nötigen 2/3-Mehrheit ein breiter politischer Konsens erforderlich.
- Der Maidan-Bewegung ist es vorerst nicht gelungen, sich politisch zu institutionalisieren und zu verstetigen. Stattdessen beherrschen wieder und weiterhin bereits bekannte Kräfte die politische Szene. Dennoch wird es für die alten Eliten schwer sein, einfach zur Tagesordnung überzugehen, denn die Ziele des »Euromaidans« bleiben aktuell und könnten jederzeit wieder zu neuen Protesten führen.

Wahlergebnis

Die ukrainische Präsidentschaftswahl brachte einen klaren Sieger: Der Milliardär Petro Poroschenko gewann am 25. Mai bereits im ersten Wahlgang mit 54 Prozent der Stimmen und weitem Abstand vor der Zweitplatzierten, der Ex-Ministerpräsidentin Julia Timoschenko, die nur ca. 12 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielt. Damit wurde erstmals seit 1991 ein Kandidat bereits im ersten Wahlgang gewählt. Alle weiteren Kandidaten erreichten nur einstellige Werte, wobei überraschenderweise mit Oleg Ljaschko und Anatolij Grizenko zwei national-populistische Kandidaten auf den Plätzen drei und vier landeten. Der ehemalige Vize-Ministerpräsident Janukowitschs, Sergej Tigipko belegte nach rund 13 Prozent bei den letzten Präsidentenwahlen 2010 mit nunmehr unter 5 Prozent der Stimmen lediglich den fünften Platz. Die dezidiert rechten Kandidaten Oleg Tyanibok (»Swoboda«) und Dmitrij Jarosch (»Rechter Sektor«) erreichten zusammen weniger als 2 Prozent der Stimmen.

Poroschenkos Strategie, sich frühzeitig mit dem noch im Winter wie der große Gegenspieler von Ex-Präsident Janukowitsch wirkenden Witali Klitschko und dessen UDAR-Partei zu verbünden, ist aufgegangen. Klitschko wiederum zog aus diesem politischen Deal den entscheidenden Vorteil beim Rennen um das Kiewer Bürgermeisteramt, das er im dritten Anlauf endlich gewinnen konnte. Dieses Bündnis, an dessen Zustandekommen sowohl der zurzeit in Wien festsitzende und nur gegen Kautions freigelassene Gas-»Oligarch« Firtasch als auch einige westliche Länder hinter den Kulissen mitgeschmiedet haben sollen, wird nun auf baldige vorgezogene Neuwahlen dringen, um auch die Machtverhältnisse im Parlament, der Werchowna Rada, in seinem Sinne zu verändern.

Warum Poroschenko? – Erfolgsfaktoren

Die Popularität des neu gewählten Präsidenten speist sich zum einen aus seinem frühzeitigen Engagement für die »Euromaidan«-Bewegung, über die als erster umfassend und mit viel Sympathie sein eigener TV-Sender 5. Kanal berichtete. Zudem musste Poroschenko bereits im letzten Sommer einige geschäftliche Einbußen hinnehmen, als Russland die Einfuhr bzw. Produktion seiner Süßwaren mit fadenscheinigen Argumenten unterband. Dass er dies in Kauf nahm, wird ihm in der heutigen angespannten Situation positiv angerechnet. Daneben gilt

er – auch im Hinblick auf seine sehr guten englischen Sprachkenntnisse – in der ukrainischen Bevölkerung als weltgewandt und auf internationalem Parkett sehr vorzeigbar. Man darf sich aber nicht der Illusion hingeben, dass sein deutlicher Wahlsieg ausschließlich sein eigenes Verdienst ist. Viele seiner Wähler, vor allem im Osten des Landes, werden auch mangels echter Alternativen für ihn gestimmt haben. Während Julia Timoschenko im Wahlkampf das Image der »Frau von gestern« nicht abstreifen konnte und außerdem immer wieder mit scharfen Attacken auf Russland polarisierte, konnte Poroschenko die Rolle des ausgleichenden, ein wenig über den Dingen stehenden Kandidaten spielen. Dass es erstmals seit langem keinen chancenreichen Kandidaten aus dem Osten der Ukraine gab, spielte in Poroschenkos Hände, denn auch vor diesem Hintergrund bot seine Vergangenheit als Mitgründer der »Partei der Regionen« zumindest einen Anhaltspunkt für die dortigen Wähler, sich »im Zweifel« besser für ihn zu entscheiden. Daneben darf vermutet werden, dass er hinter den Kulissen bereits frühzeitig den Kontakt zu den regionalen und lokalen Eliten der Ostukraine gesucht hat, wo er auch aufgrund seines persönlichen politischen Werdegangs (immerhin war er einst auch Minister unter Präsident Janukowitsch) jedenfalls wesentlich besser vermittelbar ist als seine Konkurrenz. Schließlich darf der »externe Faktor« bei der Wahlentscheidung nicht vernachlässigt werden. Unter dem Druck der russischen Annexion der Krim und des faktischen Bürgerkrieges in der Ostukraine, der die Möglichkeit der Wahlbeteiligung in den Regionen Donezk und Lugansk stark herabsetzte, erschien es offenbar manchem Wähler (und vielleicht auch mancher Wahlkommission) entscheidend, den ohnehin in allen Umfragen deutlich führenden Kandidaten zu unterstützen und somit eine Entscheidung schon im ersten Wahlgang herbeizuführen. Zur Stabilisierung des Landes flossen so Stimmen auf das Konto Poroschenkos, die er sonst erst in einem zweiten Wahlgang oder gar nicht erhalten hätte.

Nächster Schritt: Machtkonsolidierung nach innen und außen

Im starken Gegensatz zu einigen westlichen Perzeptionen Poroschenkos als eines durch die Rückkehr zur Verfassung von 2006 weitgehend entmachteten Präsidenten stehen die bisherigen historischen ukrainischen Erfahrungen: Noch jeder neu gewählte Präsident hat versucht, sich eine Machtbasis im Parlament, bei regio-



nalen Eliten, in den Machtministerien (Innen, Außen, Verteidigung, Geheimdienst) und dem wirtschaftlichen Leben der Ukraine zu verschaffen. Warum sollte das dieses Mal anders sein?

Verständigung mit den Eliten der Ostukraine

In diesem Sinne sind auch die bereits oben beschriebenen (Wieder-)Annäherungsversuche an die Überreste der »Partei der Regionen« zu interpretieren. Ihre Parlamentsfraktion zählt trotz zahlreicher Austritte noch immer über 100 von einst 187 Sitzen. Hier geht es darum, einen Kompromiss mit denjenigen Kräften zu finden, die im Osten der Ukraine noch über Rückhalt verfügen und die für weitere Projekte, wie z. B. eine im breiten Konsens erfolgende Verfassungsänderung politisch notwendig sind. Auch im Lichte der sich in der Vorwahlwoche bereits abzeichnenden neuen Machtverhältnisse ist daher das parlamentarische »Memorandum über gegenseitiges Einverständnis und Frieden«¹ zu sehen, das am 20. Mai verabschiedet wurde. Es enthält neben der Selbstverpflichtung der politischen Kräfte auf eine Reform der Verfassung, inklusive einer Dezentralisierung des politischen Systems, die Festschreibung der Ukraine als parlamentarisch-präsidentielle Republik. Daneben sollen Justiz, Staatsanwaltschaft und Polizei reformiert werden, eines der »left-overs« der EU-Forderungen aus der Zeit der Verhandlungen zum Assoziierungsabkommen 2013. Schließlich soll der Status der russischen Sprache garantiert werden. Alle bewaffneten Gruppen werden zur Abgabe der Waffen sowie zur Räumung besetzter Gebäude aufgerufen, ganz wie in den Genfer Verhandlungen seit Ostern bereits vorgesehen.

Zum anderen ist Poroschenko offenbar überzeugt von der Notwendigkeit, eine militärische Offensive in Donezk und Lugansk innenpolitisch vorzubereiten und abzusichern, indem er den Kontakt zu lokal einflussreichen ehemaligen Anhängern seines geflüchteten Amtsvorgängers sucht(e). Diese zunehmende Opferzahlen fordernde militärische Offensive² (offiziell »aktive Phase

der antiterroristischen Aktion« genannt), die bereits unmittelbar nach dem Wahltag einsetzte, trifft auf eine separatistische Bewegung, die nach allen verfügbaren Berichten gespalten ist in »echte Separatisten«, eher kompromissbereite Kräfte, die sich einen Verbleib in der Ukraine vorstellen können und originär aus Russland bzw. dem russischen Tschetschenien stammende Verbände. Bei Letzteren bleibt unklar, ob diese nun mit aktivem Zutun oder wohlwollender Duldung Moskaus in die Ukraine gelangt sind. Dies scheint ein koordiniertes Vorgehen der Anhänger der »Weg-von-Kiew«-Bewegung zu erschweren, zumal sich auch die Vielzahl der regional auftretenden Führungsfiguren, »Volks-gouverneure« und »Volksbürgermeister« über die eigenen Ziele nicht einig sind. Daneben hat die russische Führung die Wahl des neuen Präsidenten zwar nicht offiziell anerkannt, aber immerhin »respektiert« und nun auch nach NATO-Angaben mit einem Teilrückzug der eigenen, hinter der Grenze postierten Streitkräfte ein Entspannungssignal gesendet. Zudem hat Poroschenko schon während der Wahlkampagne darauf hingewiesen, die Beziehungen mit Russland wieder verbessern und das Gespräch suchen zu wollen. Die nicht mehr völlig auseinanderliegenden Positionen im von EU-Kommissar Oettinger moderierten Streit um (un-)bezahlte Gasrechnungen und den künftigen Gaspreis deuten ebenfalls in Richtung einer immerhin vorstellbaren Lösung zumindest dieses Teilkonflikts mit dem großen Nachbarn. Eine erste Teilsumme der ausstehenden Gasrechnungen, umgerechnet 786 Mio. US-Dollar, wurde jedenfalls am 2. Juni von ukrainischer Seite überwiesen.

Poroschenko und Klitschko – ein Bündnis auf Gegenseitigkeit

Der innenpolitische Hauptpartner Poroschenkos, der selbst nur über eine überschaubare »Mannschaft« und eine nur in der Theorie existierende Parteistruktur namens »Solidarnost« (Solidarität) verfügt, ist seit Ende März 2014 Klitschkos Partei UDAR. Beide Politiker eint, dass sie auf dem Maidan präsent waren und als relativ »unbescholten« in Bezug auf Korruptionsvorwürfe angesehen werden. Boxen (Klitschko) und Schokolade (Poroschenko) sind offenbar Geschäftsfelder, die in der ukrainischen Öffentlichkeit als weniger belastet empfunden werden als Bankenwesen, Gasgeschäfte oder die Bau- bzw. Montanindustrie. Da sie beide auch in der Vergangenheit nicht in der allerersten Reihe der

1. <http://ukraine-eu.mfa.gov.ua/en/press-center/news/23241-memorandum-of-understanding-and-peace>.

2. Nach Angaben des ukrainischen Generalstaatsanwaltes Makhnitsky vom 3. Juni sind seit Beginn des »Antiterrorereinsatzes« Anfang April bereits 181 Tote zu verzeichnen, davon 59 Angehörige ukrainischer Sicherheitskräfte; <http://www.kyivpost.com/content/ukraine/heavy-fighting-in-eastern-ukraine-as-government-restarts-active-phase-of-anti-terror-operation-350453.html>.



Politik standen, können sie außerdem recht erfolgreich den Ruf nach »neuen Gesichtern« bedienen. Inwieweit sich hier die in hohen Popularitätsraten niederschlagende Wahrnehmung der Bevölkerung mit der künftigen Realität verträgt und ob nicht bereits der Keim für die angesichts der großen Erwartungen zwangsläufig nächste Enttäuschung der ukrainischen Wähler gelegt wird, ist eine andere Frage. Jedenfalls bringen beide sich mit ihren unterschiedlichen, sich ergänzenden Pluspunkten ein: hier das »neue Gesicht«, der ehemalige Boxer Klitschko, dort der erfahrene Mann des Ausgleichs, polit-geografisch immer zwischen Ost- und Westukraine pendelnd, auf ein gutes Verhältnis zur EU setzend, aber auch rhetorische Brücken nach Russland bauend.

Nach dem doppelten Wahlerfolg vom 25. Mai beginnt sich die ukrainische Politik auf das neue Kraftzentrum Poroschenko/Klitschko auszurichten. In einer Phase großer außenpolitischer und sozioökonomischer Unwägbarkeiten ist es zum einen nichts Ungewöhnliches, dass sich Teile der unabhängigen und der nach Austritt aus der Fraktion der »Partei der Regionen« politisch heimatlos gewordenen Abgeordneten hinter dem neu gewählten Präsidenten scharen. Schließlich ist seine Wahl der Abschluss des seit Ende Februar andauernden Übergangsprozesses und verspricht, eine Phase größerer innenpolitischer Stabilität einzuleiten. Zum anderen bedeutet die Nähe zum Präsidentenamt zumindest keine Nachteile für den in der Ukraine weiterhin vorherrschenden Typus des Polit-Unternehmers.

Technik der Machtausübung – der mögliche Weg zu Parlamentsneuwahlen

Der aktuellen Popularität, sowohl beim Wähler als auch bei manchem Abgeordneten, diametral entgegen stehen allerdings zurzeit noch die Mehrheitsverhältnisse im 2012 gewählten Parlament, wo UDAR gerade einmal 41 von 450 Abgeordneten stellt. Daher ist zu erwarten, dass das Duo Poroschenko/Klitschko auf die möglichst rasche Durchführung von Neuwahlen (des Parlaments und auf kommunaler Ebene) noch in diesem Jahr hinarbeitet. Dies kann beispielsweise über den Weg der bewusst herbeigeführten Arbeitsunfähigkeit des »alten« Parlaments geschehen, auf die die Auflösung der Werchowna Rada folgen könnte. Schon jetzt verlieren sich in Sitzungswochen selten mehr als 230–260 Ab-

geordnete in der Rada; den mit Poroschenko affilierten unabhängigen Abgeordneten und der UDAR-Fraktion kommt somit eine Schlüsselrolle in dieser Frage zu, die als politischer Hebel genutzt werden kann. Es ist vorzusehen, dass im Falle von Neuwahlen (die aufgrund der gesetzlich zu beachtenden Fristen technisch nicht vor dem Herbst durchgeführt werden könnten) der neu gewählte Präsident seine Machtbasis stark verbreitern würde. Seiner »Solidarnost«-Gruppierung und UDAR werden zusammen – wären schon jetzt Wahlen – drastische Stimmengewinne vorhergesagt. Hingegen müssten sowohl Timoschenkos »Batkivschtschyna« als auch Tanyboks »Swoboda« mit Einbußen rechnen, wobei letztere – sofern sie sich nicht mit dem »Rechten Sektor« zusammenschließt – sogar damit rechnen muss, den Einzug ins Parlament zu verpassen. Daher werden beide Parteien alles versuchen, Neuwahlen zum jetzigen Zeitpunkt zu verhindern. Bei der Timoschenko-Partei kommt hinzu, dass sie derzeit praktisch alle wichtigen Regierungsämter innehat – es also besser auch durch Neuwahlen kaum werden kann. Die Interessenlage ist folglich zwischen den drei die derzeitige Übergangsregierung tragenden Parteien gespalten. Gleiches gilt auch für die Diskussion über das anzuwendende Wahlrecht, denn Poroschenko hätte sicher nichts dagegen, das bisherige »Grabenwahlrecht« mit 225 direkt gewählten Abgeordneten und derselben Anzahl über Parteilisten zu wählender Kandidaten beizubehalten. Gerade für einen Präsidenten, der sich seine parlamentarische Basis erst noch sichern und diese ausbauen möchte, ist es leichter, auf eine möglichst hohe Anzahl formal unabhängiger Abgeordneter, die nur ihrem Wahlkreis und den daraus resultierenden (Geschäfts-)Interessen verpflichtet sind, einzuwirken, als auf große Blöcke von »Parteisoldaten«, die nach den ukrainischen Gepflogenheiten »top-down« von den Parteiführern ausgewählt werden und daher von Julia Timoschenko präferiert würden. Letztere tritt folglich auch konsequent dafür ein, dass zunächst ein System starrer Listenwahl auf Grundlage des Verhältniswahlrechts eingeführt werden müsse.

Als Auffanglösung, falls der Weg zu Neuwahlen sich als zu steinig erweisen sollte, bleibt für das Tandem Poroschenko/Klitschko die (wie oben ausgeführt: durchaus glaubwürdige) Drohung mit diesen. Da ca. 50 Prozent der Abgeordneten um ihre Sitze fürchten müssten (die derzeitige Rada ist eben ein Abbild der Machtverhältnisse vom Herbst 2012), mag sich mancher überlegen, ob er dieses Risiko eingehen will. Als individueller Aus-



weg böte sich an, einer informellen propräsidentiellen Mehrheit beizutreten und somit noch drei weitere Jahre den Sitz bis zur turnusmäßigen Neuwahl 2017 zu behalten. Dieser Weg scheint insbesondere für diejenigen, die auf dem Ticket der »Partei der Regionen« 2012 gewählt wurden und deren Chancen auf Wiederwahl derzeit schlecht stünden, von Interesse zu sein. Ein besonderer Fokus bei der Formierung dieser »Mehrheit des Präsidenten« liegt daher auf den Gruppen »Wirtschaftliche Entwicklung« (37 Sitze) und »Souveräne Ukraine« (36 Sitze), die beide aus den Austritten der »Partei der Regionen« hervorgegangen sind, sowie den fraktionslosen Abgeordneten, die 70 Sitze innehaben.

Verfassungsreform und Regierungsumbildung

Für die bereits von der Übergangsregierung Jazeniuk entwickelten Überlegungen zu einer Verfassungsreform in Richtung einer Neuverteilung der »balance of power« zwischen Präsident und Parlament sowie der Neujustierung des Verhältnisses zwischen Kiewer Zentrale und den Regionen gehen die Entwicklungen in unterschiedliche Richtungen. Es ist aufgrund der dargestellten politischen Umgruppierungsprozesse nicht zu erwarten, dass die Befugnisse des Präsidentenamtes formal deutlich über das in der derzeit seit dem 22. Februar 2014 wieder geltenden Verfassung von 2004 hinausgehende Maß eingeschränkt werden. Damit würden die Richtlinienkompetenz in der Außen- und Verteidigungspolitik als »*domaine réservé*« ebenso wie das Recht zur Ernennung der beiden dafür verantwortlichen Minister in der Hand des neu gewählten Amtsinhabers verbleiben, ebenso wie die Ernennung des Inlandsgeheimdienstchefs und Generalstaatsanwalts. Daneben würde er ein recht stark ausgestaltetes suspensives Vetorecht und das Recht zur vorzeitigen Parlamentsauflösung (unter Beachtung bestimmter Fristen in den von der Verfassung vorgesehenen Fällen) behalten. Angesichts der informellen Machtmittel des Präsidenten, der im Moment zusätzlich über die Legitimation des ersten demokratisch gewählten Politikers auf nationaler Ebene nach den Maidan-Ereignissen verfügt, gibt dieses legalistische Bild aber die tatsächlichen Einwirkungsmechanismen nur unzureichend wieder. Tatsächlich wird in Kiew eine baldige Umbildung der Regierung im Sinne Poroschenkos erwartet, zumindest, was einige der »technokratischen« parteilosen Ministerien angeht, u. a. das Außenamt.

Demgegenüber herrscht zwischen Übergangsregierung und Präsident im Prinzip Konsens über die Notwendigkeit einer maßvollen Dezentralisierung des Landes. Der entsprechende Entwurf für eine Verfassungsänderung liegt in der Verfassungskommission der Werchowna Rada und harrt der Begutachtung durch die Venedig-Kommission des Europarates. Inhaltlich sollen den ukrainischen Regionen Möglichkeiten zu einer eigenständigen Wirtschafts- und Strukturpolitik eingeräumt werden, mit der Möglichkeit, bestimmte Steuersätze zu heben oder zu senken. Das Subsidiaritätsprinzip könnte Erwähnung finden. Auf jeden Fall wird den Regionen ein tatsächlich eigenständiges Haushaltsrecht zugestanden werden, womöglich verbunden mit einem Ausgleichsmechanismus auf gesamtstaatlicher Ebene. Es ist weiterhin geplant, künftig auch lokale Referenden abzuhalten (zumindest zu lokalen/regionalen Fragen). Ebenso wird die russische Sprache in einer noch näher auszufinernden Form erwähnt und geschützt bzw. die Möglichkeit geschaffen werden, dies auf regionaler Ebene zu tun. Die Gouverneure, so die Debatte, sollen fortan direkt gewählt und nicht mehr durch Kiew zentral bestimmt werden. Da eine Verfassungsänderung aber mindestens 300 Stimmen der 450 Köpfe zählenden Rada verlangt, ist – wenn man davon ausgeht, dass sowohl »Swoboda« (35 Sitze) als auch die Kommunisten (33 Sitze) manche Forderungen nicht unterstützen werden – ein breites Bündnis praktisch aller übrigen parlamentarischen Kräfte erforderlich.

Die vorerst beendete »Revolution«

Die erste Amtshandlung des neu gewählten Kiewer Bürgermeisters Klitschko war bezeichnenderweise der Versuch, die Maidan-Aktivisten zur Räumung des mitten in der Hauptstadt gelegenen Platzes zu bewegen. In der Folge sah man Putzkolonnen und Müllwagen die Zeugnisse der Zeitgeschichte entsorgen, ehe einige Widerständige dann doch ein paar Autoreifen in Brand setzten und ankündigten, bis zu einer Neuwahl des Parlaments ausharren zu wollen. Diese »Vollendung der Revolution« ist angesichts der faktischen Bedrohung des ukrainischen Staatswesens im Osten des Landes aber offenbar selbst für Aktivisten wie Volodymyr Parasyuk, der am Abend des 21. Februar mit dem Sturm auf das Regierungsviertel gedroht hatte und damit womöglich die Flucht des Präsidenten ausgelöst hatte, keine Priorität mehr. Er rief zumindest bereits zur Räumung der Reste

des Protestcamps auf. Nachdem sich der »Euromaidan« demnach physisch in Auflösung befindet und der träge fließende Kiewer Verkehr sich demnächst wieder über die Prachtstraße Kreschtschatyk wälzen wird, stellt sich die Frage, was vom Elan der zivilgesellschaftlichen Aktivisten geblieben ist. Ihre zentralen Forderungen nach »neuen Gesichtern« in der Politik, einem Aufbruch nach Europa und einem Ende der Korruption, die den Winter über die politische Debatte auf dem Maidan bestimmten, sind jedenfalls derzeit noch nicht erfüllt. Eine kurze Zwischenbilanz ergibt folgendes Bild: Das einzige wirklich neue Gesicht in der ukrainischen Politik ist – und das auch nur mit Abstrichen – Witali Klitschko, der vom Maidan eher wenig geliebt und gelegentlich ausgebuht wurde. Der proeuropäische Kurs der Ukraine scheint mit der Unterzeichnung des politischen Teils des Assoziierungsabkommens am 21. März zwar eingeschlagen, kann sich aber unter den aktuellen außen- und sicherheitspolitischen Bedingungen derzeit nicht wirkmächtig entfalten. Und der Ruf nach dem Ende der Korruption bleibt erst einmal ein frommer Wunsch, wobei in diesem Bereich auf Druck der Zivilgesellschaft immerhin bereits ein wichtiges Gesetzesvorhaben zu öffentlichen Ausschreibungen³ verabschiedet wurde.

Aus dem »Euromaidan« hervorgegangen sind derweil zwei neue Institutionen bzw. institutionalisierte Formen von »Umbrella-NGOs«. Zum einen gründeten verschiedene Initiativen und Nichtregierungsorganisationen Ende Februar 2014 gemeinsam die »Reanimation Package Reforms Initiative«, die seither verschiedene Gesetzesinitiativen zu Transparenz, Justizreform und Öffentlichem Rundfunk lanciert hat. Über diese Gruppe versuchen Teile der organisierten Zivilgesellschaft das »Momentum« für weitergehende Reforminitiativen zu nutzen, wobei deren Protagonisten ganz offen eingestehen, dass diese nur politische Wirkung entfalten werden, wenn der Druck westlicher Geberländer anhaltend stark bleibt. Die EU bzw. »der Westen« allgemein werden aufgefordert, die Fehler der Zeit nach der Orangen Revolution von 2004/05 nicht zu wiederholen, als das Interesse an der Entwicklung in der Ukraine recht bald wieder abnahm.

Das zweite Produkt der »Euromaidan«-Bewegung ist das »Ukraine Crisis Media Center«⁴, das laut Selbstdar-

stellung eine mediale Bühne für die Propagierung der politischen Ziele des Maidans bieten will und recht offen von der Notwendigkeit der Ausbalancierung »pro-russischer Propaganda« spricht. Nahezu sämtlichen nach Kiew einfliegenden westlichen Delegationen wird über ihre Botschaften angeboten, dort Pressegespräche abzuhalten und Interviews zu geben. Hier hat also zumindest der Aspekt der Vernetzung mit den potenziellen »westlichen Gebern« bereits gut funktioniert.

Eine Institutionalisierung und Verstetigung der Maidan-Bewegung in parteipolitischen Hinsicht ist bisher an mehreren Faktoren gescheitert: Zum einen fehlt es an unumstrittenem Führungspersonal mit Ausstrahlungswirkung auf das Land und die Regionen. Die auf dem Maidan vertretenen Gruppen waren sehr gut in puncto Selbstorganisation und Improvisation, aber nun scheint ihnen ihre Heterogenität und Zersplitterung zum Verhängnis zu werden. Einzig bei den Kiewer Stadtratswahlen konnten aus dem Maidan hervorgegangene Kleinstparteien einige Mandate in der Ratsversammlung gewinnen. Zum zweiten verhindern die Parteiengesetzgebung und die faktischen finanziellen Notwendigkeiten eine erfolgreiche Ausgründung einer konkurrenzfähigen Partei oder Bürgerbewegung. Sollte sich das Szenario einer raschen Neuwahl als richtig herausstellen, dann kommt der Zeitfaktor erschwerend hinzu. In so kurzer Frist – mit einer Neuwahl noch 2014 – würden die daran interessierten etablierten Parteien und politischen Akteure es Newcomern praktisch unmöglich machen, kampagnenfähig zu werden.

Was von der »Revolutionsstimmung« bleibt, ist die Möglichkeit, dass sich mit der zu erwartenden sozialen und wirtschaftlichen Talfahrt erneut Unzufriedene auf dem Maidan sammeln könnten. Auch dann, wenn die jetzt neu in ihre Ämter gekommenen Politiker nicht die Erwartungshaltung bedienen, kann es durchaus sein, dass sich der Ärger in einer neuerlichen Protestbewegung entladen wird. Der »Maidan reloaded« schwebt nach den Ereignissen des letzten halben Jahres immer über den Köpfen der politisch Handelnden. Was häufig zu hören ist in Kiew: Auch 1917 folgte auf den Februar der Oktober und auf die erste Revolution die zweite. Die Frage ist nach den arabischen Erfahrungen allerdings erlaubt, ob diese dann noch demokratisch inspiriert wäre oder eine (erneute) autoritäre Wende bevorstünde.

3. Am 10. April 2014 verabschiedete die Rada das Gesetz Nr. 2289-VI über »öffentliche Auftragsvergabe« mit strengeren Vergaberegeln und umfangreichen Anti-Korruptions- sowie Transparenzbestimmungen.

4. <http://uacrisis.org>.



Über den Autor

Stephan Meuser leitet das Regionalbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kiew.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Reinhard Krumm, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-269-35-7726 | Fax: ++49-30-269-35-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen/Kontakt:
info.moe@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN
978-3-86498-896-7